

FDP-Fraktion lehnt die Einrichtung eines Nebenstandortes der Gesamtschule Kaiserplatz an der Roten-Kreuz-Straße ab und schlägt die Einbeziehung aller städtischen Gesamtschulen zur Bildung von Mehrklassen vor

Die FDP-Fraktion teilt die Bedenken der Schulleitung der Gesamtschule Kaiserplatz, hinsichtlich der Einrichtung weiterer Klassen und der Einrichtung eines Nebenstandortes an der Roten-Kreuz-Straße. Insbesondere befürchten die Liberalen eine Überlastung des Kollegiums, da die Schule einen signifikanten Lehrermangel aufweise.

"Selbstverständlich obliegt die Besetzung von Lehrerstellen dem Land und ist keine Aufgabe der Kommune, aber von einer Schulverwaltung erwarte ich, dass dieser Fakt als Entscheidungskriterium berücksichtigt wird, ehe an einem Standort über die Einrichtung weiterer Klassen nachgedacht wird", so der schulpolitische Sprecher der Liberalen, Alexander Schmitz.

An der Gesamtschule Kaiserplatz soll nach dem Willen der Verwaltung zum kommenden Schuljahr jeweils eine Mehrklasse in der Jahrgangsstufe 5 und 8 eingerichtet werden. "Ob bei Ansicht der aktuellen Anmeldezahlen für die Gesamtschulen in Krefeld die Einrichtung weiterer Mehrklassen im Jahrgang 5 notwendig ist, sei dahingestellt. Aber die Gesamtschule Kaiserplatz ist hierfür sicherlich nicht der geeignete Ort, da dort schon jetzt ein Raumunterhang von 20% besteht", erklärt Schmitz.

Um die Mehrklassen einzurichten und den Raumunterhang zu entspannen, schlägt die Verwaltung die Einrichtung des Gebäudes an der Roten-Kreuz-Straße als Nebenstandort vor. "Die Einrichtung einer Dependence ist nie ideal für den Schulbetrieb, da dies sowohl für die Lehrer als auch für die Schüler pendeln zwischen den Standorten bedeutet und so z.B. Pausenzeit verloren geht, die alle Beteiligten benötigen", sagt Schmitz.

Hinsichtlich der Bildung weiterer Mehrklassen im Bereich der Gesamtschulen schlägt die FDP vor, alle Gesamtschulen im Stadtgebiet mit einzubeziehen, so auch die Gesamtschule Oppum. "Die Einbeziehung aller Gesamtschulen sieht der Entwurf der Schulentwicklungsplanung nicht vor. Es wäre jedoch nur fair, die Lasten auf alle Schulen zu verteilen. Natürlich entsprechend den jeweiligen Kapazitäten vor Ort.", erklärt Schmitz abschließend.